

Rede zum Haushalt 2018

Der Haushalt ist wie im letzten Jahr wieder ausgeglichen, - und, das ist sehr erfreulich – mit einem deutlichen Überschuss von knapp 290.000 €.

Dem stehen Mehreinnahmen von 1,25 Mio. € gegenüber, und das wiederum bedeutet, dass wir in diesem Jahr knapp 1 Mio. € mehr ausgeben als im letzten Jahr.

Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von rund 13 Mio. eine stolze Summe.

Die Mehrausgaben liegen vor allem bei den Personalkosten (285.000 €) – hier brauchen wir bei steigenden Kinderzahlen im Kindergarten eine zusätzliche Gruppe mit entsprechendem Personalbedarf, die zu erwartenden tariflichen Lohnsteigerungen sind mit eingerechnet und ein Puffer ist sicher auch noch mit drin.

Der zweite große „Brocken“ der Mehrausgaben betrifft die Sach- und Dienstleistungen. Lt. Vorbericht sind 255 Tausend € mehr veranschlagt als im letzten Jahr, davon rd. 232 Tausend mehr für Instandhaltung (Straßenflick und Gebäudeunterhaltung) und rd. 20.000 Mehr für zu erwartende Energiepreise. Das Signal, was ich dabei herauslese ist: Die Sach- und Dienstleistungen aus 2016 reichen aus, wir brauchen also nur mehr für Unterhaltungsmaßnahmen, was sinnvoll und notwendig ist und wir rechnen mit höheren Energiepreisen als in 2017, das tun wir auch.

Was im Vorbericht nicht steht ist, dass wir den Haushaltsansatz in 2017 um 5 % gekürzt haben, es standen also real 120.000 € weniger zur Verfügung, und wir haben tatsächlich nur 1,9 Mio. € ausgegeben, vor allem auch wegen der vorläufigen Haushaltsführung.

Fazit: Die geplante Ausgabensteigerung bei den Sach- und Dienstleistungen liegt somit real bei knapp 700.000 € im Vergleich zu 2017. Das sind 35 %.

Sicher sind im letzten Jahr einige Maßnahmen aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung in dieses Jahr geschoben worden, die wir dieses Jahr brauchen, wir sind aber sicher, dass hier noch ein sehr großer Puffer liegt.

Wir beantragen mit unserem Haushaltsbegleitantrag, die Sach- und Dienstleistungen um 150.000 € zu kürzen, damit stehen der Verwaltung dann immer noch über 500.000 € mehr zur Verfügung als in 2017 ausgegeben. Wir sind sicher, dass damit alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden können, einschl. der höheren Instandhaltung und der zu erwartenden Energiepreissteigerung, die rd. 250.000 € ausmachen.

Ein weiterer Grund für unseren Antrag ist die mögliche Investitionszulage vom Land für Kommunen, die die Hessenkasse nicht in Anspruch nehmen. Hier besteht die Möglichkeit, 1,4 Mio. € Investitionszuschuss zu bekommen, vorausgesetzt – und auch das ist ein Knackpunkt – vorausgesetzt wir haben am 31.8.2018 unsere Kassenkredite bei 0 € stehen. Derzeit haben wir aber noch über 600.000 € Kassenkredite, wir müssen also unsere Ausgaben soweit drosseln, dass bis 31.8. diese 600.000 € neutralisiert sind, das können wir schaffen, unser Antrag soll auch dieses wichtige Ziel absichern.

Ich möchte jetzt hier nicht mit zu viel Zahlen agieren, aber Haushalt gibt es viele Ansätze, die deutlich höher sind als im letzten Jahr, besonders auffällig für uns sind Steigerungen im Energiesektor und bei den Aufwendungen für Gutachten, Sachverständigen- und Gerichtskosten. Und neben den gestiegenen Ansätzen für Personalkosten und Sach- und Dienstleistungen stehen im Haushalt weitere rd. 500.000 € für andere Positionen zur Verfügung.

Und machen wir uns einmal klar, warum wir so viel mehr Geld zur Verfügung haben, also in den vergangenen Jahren: Ein Hauptgrund neben den gestiegenen Schlüsselzuweisungen des Landes ist die massive Erhöhung der Grund- und

Gewerbesteuern in 2015. Vor allem durch diese Anhebung nehmen wir im Vergleich dazu über 800.000 € mehr ein, also ein Geldsegen auch durch einen Griff in die Kassen unserer Bürger. Deshalb ist für uns auch das langfristige Ziel, dass wir diese Belastungen nach und nach senken und wir uns bei unseren Ausgaben und dem Mehr an Geld, was zur Verfügung steht, sorgsam und sparsam umgehen. Und das bedeutet nicht, wie man uns an der einen oder anderen Stelle vorgeworfen hat, dass wir notwendige Investitionen mit unserem Kürzungsantrag verhindern. Nein, wir wollen den Erhalt unserer Einrichtungen, mit unserem Antrag wird da an keiner Stelle etwas verhindert. Die Zahlen haben das sicher deutlich gemacht.

Unser zweiter Teil des Antrages betrifft die Verpflichtungsermächtigung für einen Zuschuss zum Bau eines Kunstrasenplatzes.

Die Verpflichtungsermächtigung ist sinnvoll, um für die laufenden Anträge des TSV auf Zuschüsse den Zuschussgebern zu signalisieren, dass die Stadt grundsätzlich dieses Projekt unterstützt und bereit ist, sich finanziell zu beteiligen. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung ist dabei unerheblich, 200.000 € als Verpflichtungsermächtigung haben dabei die gleiche Wirkung wie 500.000 €.

Mit einer Verpflichtungsermächtigung verpflichten wir uns natürlich auch, es ist nicht nur eine Zahl, mal dahingeschrieben, und die Stadtverordneten ermächtigen den Magistrat, im Rahmen eines Haushaltsplans finanzielle Verpflichtungen nicht nur im aktuellen Haushaltsjahr, sondern über ein Haushaltsjahr hinaus einzugehen. Sie stellen damit eine quantifizierte Vorbelastung spezieller Haushaltstitel in diesem und den kommenden Jahren dar. Sie resultieren aus der Notwendigkeit, mehrjährige Ausgaben für einen Titel zu erfüllen.

Verpflichtungsermächtigungen haben aber auch für das laufende Jahr möglicherweise kassenmäßige Wirkungen bis zur Gesamthöhe. Und sie können den langfristigen Spielraum eines Haushalts einschränken.

Wir haben deshalb den Antrag gestellt, diese Ermächtigung auf 200.000 € zu reduzieren, zum einen, weil es für den beabsichtigten Zweck die gleiche Wirkung hat, wie die veranschlagten 500.000 €, zum anderen, weil wir glauben, dass ein Kunstrasenplatz auch mit einer deutlich niedrigeren Summe als 800.000 € allein für den Kunstrasenplatz und damit auch mit einem niedrigeren Zuschuss der Stadt zu bauen ist, und weil uns langfristig eine Verpflichtungsermächtigung über 500.000 € im Haushalt unnötig einschränken könnte.

Über eine tatsächliche Zuschusshöhe hat zudem die Stadtverordnetenversammlung bisher keinen Beschluss gefasst, dazu fehlen noch zu viele Informationen auch vom TSV. Und es sind noch einige gravierende Punkte ungeklärt: Was ist mit den Stellplätzen. Wenn die Parkplätze bei ALDI und Edeka benutzt werden dürfen, muss trotzdem für den Nichtbau der Stellplätze eine Ablösesumme des Bauherrn bezahlt werden – ca. 65.000 €, so wie alle Bauherren vor allem der Mittelstraße das auch getan haben. Wenn nicht, müssen für ca. 300.000 € neue gebaut werden.

Was ist mit der evtl. notwendigen Linksabbiegespur an der Oberelsunger Straße, und wer übernimmt die Kosten – Material und Lohn - für den Umbau des Gebäudes, wie gestaltet sich die regelmäßige Pflege des Kunstrasenplatzes und wie sehen die Rücklagen hierfür aus.

Dörnberg hat jetzt bereits für seinen Kunstrasenplatz über 200.000 € Aufwendungen, die notwendig sind, den Platz weiter zu betreiben. Und das nach nicht mal 15 Jahren, in denen darauf gespielt wird.

Das Signal an den TSV, so wie im Sommer bereits mit einem Beschluss deutlich gemacht: Ja, wir unterstützen euch beim Bau eines Kunstrasenplatzes, und ja, wir werden uns finanziell daran beteiligen.

Und bevor wir über eine genaue Summe entscheiden können, muss alles andere vorher klar sein.

Der Haushalt hat nicht so viel Spielraum, wie der diesjährige Haushalt glauben macht. Was ist, wenn nächstes Jahr die Kreis- und Schulumlage erhöht wird, dann ist das jetzt vorhandene Plus weg. Wir müssen also sorgsam und sparsam mit den stätischen Mittel umgehen, und deshalb ist ein Beschluss nicht möglich, wenn das finanziell offene Delta, das bis jetzt da ist, nicht abschließend geregelt ist.

Bärbel Mlasowsky